EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018

Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.

Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.

EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.

Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohlstand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Alles zu den Grossratswahlen und Regierungsratswahlen vom 25. März 2018 Seite 9 - 16

Kommentar

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6 % des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.

Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 494'101 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch
Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet.
Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und innovative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beitritt oder mindestens EU-Recht automatisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

> **«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»**

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom Gemeinschaftssinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

> **«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen …»**

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)

Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

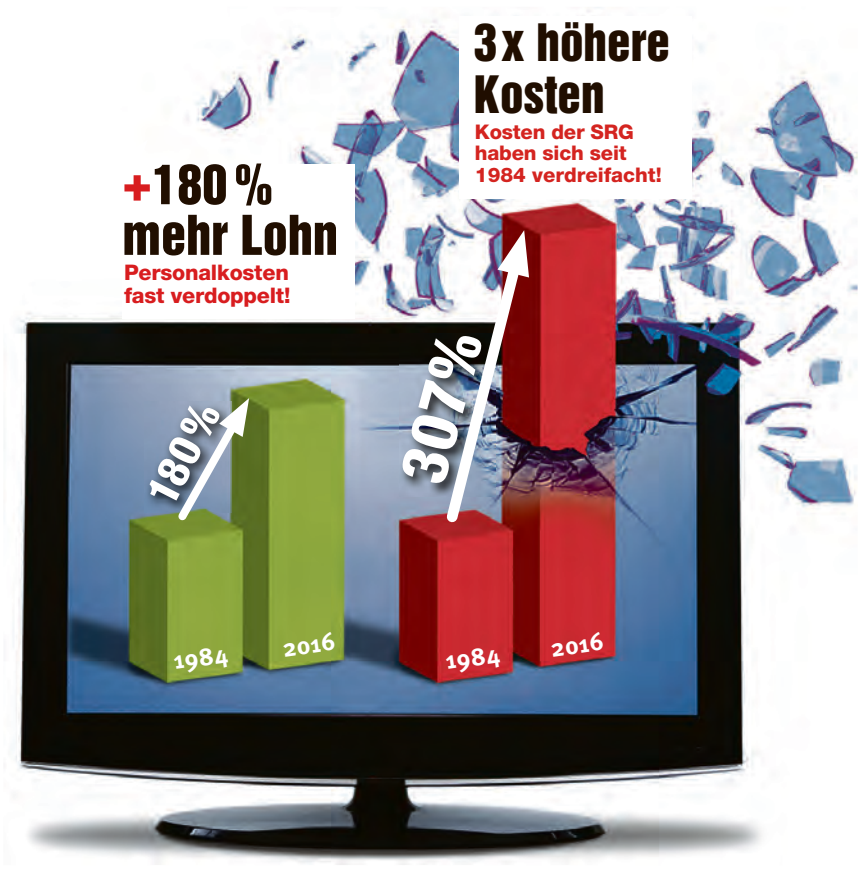
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tönt ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

> **«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»**

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happige Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich

Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlichen durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

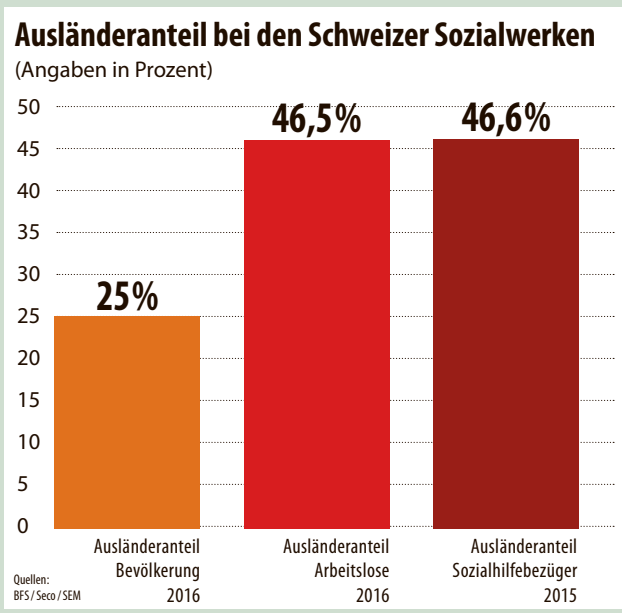
Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubetonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Scheinflüchtlingen aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!

Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rünenberg (BL)

Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!



Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.
Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt - einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewanderten Ausländer mehrt folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8 % der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5 % der Schweizer. Über 25 % der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11 %.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beerdigt werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Personenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.

Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.

Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017" steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtenmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Unmut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlemann-Image verblasst.»

Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

« Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt. »

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017" der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichsten" Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als 450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder", die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.

Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)

Bauer und Schwyzer Nationalrat

Marcel Dettling

« Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt. »

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

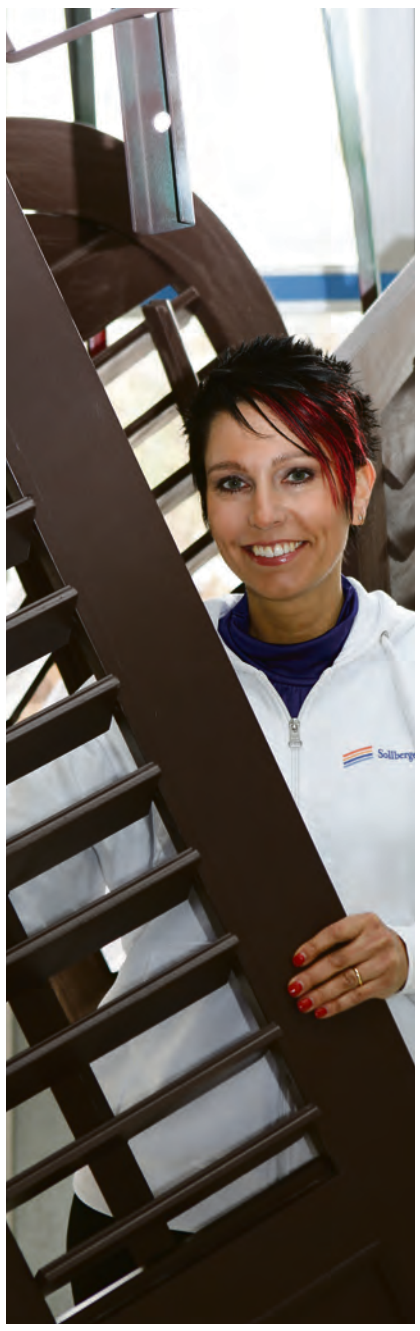
- 27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone
- Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch
- 14 Milchkühe
- 20 Mastkälber
- 20 Schafe

Porträt Nationalrätin und

Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin - als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.

Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Anderseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergarten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorffeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.

Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermassen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen

Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosengeldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Ferien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen. Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionenbeträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)

«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge. Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»

Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt. Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»

Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis. Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»

Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöftland (AG)

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»

Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»

Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG):

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.

Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»[1] müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schulutensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat – damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

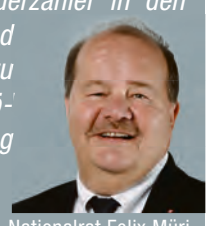
Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen[1] (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	**CHF 2'625.00**	**CHF 3'533.00**	**CHF 5'011.00**

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnungspreisen in der Agglomeration Zürich.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Betritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreich durch die Hintertüre

Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funktionäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

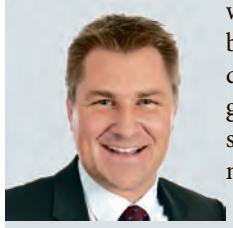
3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

«Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann.»

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)

Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik

Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.

Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!

Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandkonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck?

Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplomatie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünschten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.

Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!

Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?
Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der drittwichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?
Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?
Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog, Nationalrätin, Frauenfeld

Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

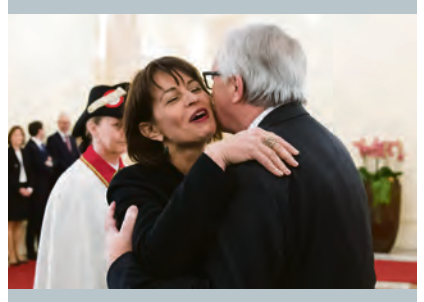
- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwillige Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür erntete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhaufen
Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteilens in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wunderts, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung
Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit
Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hineinführen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?
Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat
Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkraften.

Nationalrat Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor Weltwoche, Küsnacht (ZH)

Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernsten Wettbewerb

Online mitmachen unter: www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?

- ○ MA Mond
- ○ SEL Sünneli
- ○ EL Stern

2. Was heisst SVP?

- ○ UO s'il vous plaît
- ○ GI Sixpacks vor pleasure
- ○ BS Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?

- ○ TBE Freiheit und Unabhängigkeit
- ○ BAI Umverteilung und staatliche Regulierung
- ○ ITZ EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?

- ○ BLA 25 Jahre Meinungsfreiheit
- ○ OPI 25 Jahre 1. August-Feiertag
- ○ STI 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?

- ○ YO Adolf Ogi und Christoph Blocher
- ○ MM Ueli Maurer und Guy Parmelin
- ○ AH Christa Rigozzi und Linda Fäh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?

- ○ UNG Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917
- ○ LAR Gründung Jodlerklub Seerose 1952
- ○ UPF Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

1. Preis: Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.

2. Preis: Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.

3. Preis: Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Vorname: .....

Name: .....

Strasse: .....

PLZ / Ort: .....

E-Mail / Natel: .....

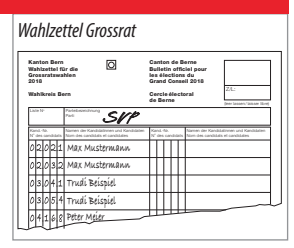
Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch

Regierungsratswahlen: Vorwärts dank Neuhaus und Schnegg 10

Die SVP-Regierungsräte Neuhaus und Schnegg engagieren sich für bezahlbare staatliche Leistungen, eine Stärkung der Wirtschaft und tiefere Steuern.

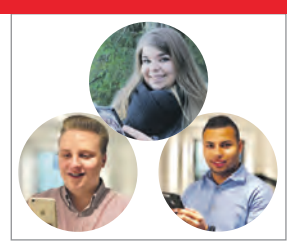
Unser Grossratsteam: 241 engagierte Köpfe für Bern 11

Die SVP tritt in ihrer ganzen Breite zu den Grossratswahlen an: vom 20jährigen Bankkaufmann bis zur 78jährigen Bewährungshelferin, vom Oberländer Bergbauern bis zur Bieler Stadträtin: die SVP – eine echte Partei des Volkes!



JSVP-Gruppenchat: Jung = Ja zur EU??? 15

25 Jahre nach dem EWR-Nein ist klar: Auch Junge wollen weder einen EU-Beitritt der Schweiz noch einen Unterwerfungs-Rahmenvertrag mit der EU.



Mit 100 Jahren Erfahrung für eine #bernstarke Zukunft

Die SVP Kanton Bern feiert 2018 ihr 100jähriges Bestehen. Wir blicken zurück auf 100 Jahre Einsatz für Ihre Freiheit und Sicherheit in unserem schönen Kanton. #bernstark wollen wir auch in die Zukunft.

Wachsender Pendlerstress, kostspielige Staustunden, zunehmende Bürokratisierung, aber auch die immer unverblümteren Forderungen der EU sowie eine zunehmend unsichere Weltlage bedrohen unsere Zukunft. Wir sehen dieser Entwicklung nicht einfach tatenlos zu. Wir setzen uns als stärkste Kraft eidgenössisch, kantonal und auf Gemeindeebene dafür ein, dass die Zentralisierung und die Zuwanderung gestoppt werden.

Berufsbildung statt Zuwanderung

Mit dem Motto #bernstark läuten wir die nächsten 100 Jahre Engagement ein. Starke Köpfe setzen sich für einen starken Kanton ein. Für eine positive Zukunft brauchen wir ein breiteres Angebot an Arbeitsplätzen und eine gesunde dezentrale Entwicklung. Die Zentralisierungen der letzten Jahre haben sich als nachteilig erwiesen. Hohe Kosten, mehr Koordinationsaufwand und längere Wege sind die Folge. Wir geben Gegensteuer. Nur ein guter Mix aus Landwirtschaft, Gewerbebetrieben und hochspezialisierten Firmen bringt die nötige Wertschöpfung und sichert gleichzeitig die Lebensqualität. Dazu braucht es Freiraum für findige Köpfe und Unternehmen. Gleichzeitig sichert ein gutes Ausbildungsangebot die nötigen Fachkräfte in der Region.

Leistung statt Nivellierung

10 Jahre rot-grüne Mehrheit in der Regierung haben dazu geführt, dass im Kanton immer mehr umverteilt, nach unten nivelliert und bürokratisiert wurde. Die Abschaffung der Schulnoten, die Schröpfung der Autofahrer sowie Steuererhöhungen konnten nur dank der SVP verhindert werden. Mit dem Wahlerfolg bei den letzten Regierungsratsersatzwahlen konnte ein klares Zeichen in eine neue Richtung gesetzt werden. Das im Grossen Rat verabschiedete Entlastungspaket war der erste grosse Erfolg der neuen bürgerlichen Regierungsmehrheit. Darauf wollen wir weiter aufbauen.

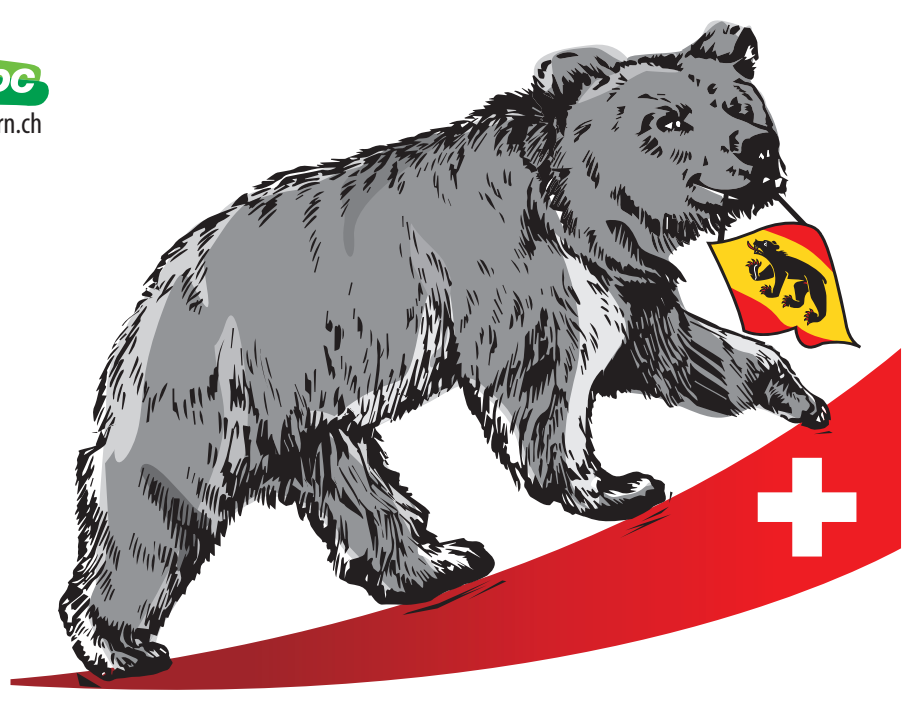
Sicherheit statt Asylskandal

Skandalös hohe Ausgaben im Asylwesen, drohende Gefahren durch Hassprediger, aber auch Reithallenkrawalle dürfen in unserem Kanton nicht länger toleriert werden. Zentrale Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung der Sicherheit. Unsere Polizistinnen und Polizisten geben Tag für Tag ihr Bestes und verdienen politische Rückendeckung. Dazu gehören auch funktionierende Abläufe und griffige gesetzliche Grundlagen. Ressourcen im Bereich Asyl und Sicherheit sind zielorientiert einzusetzen und Gefahren zu erkennen und vorzubeugen. Hassprediger sind auszuweisen und Krawallanten zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir lehnen uns auch nach 100 Jahren Engagement nicht zurück, sondern setzen uns für Sie mit voller Kraft für einen attraktiven Kanton Bern als Arbeits-, Wohn- und Produktionsstandort ein. Danke für Ihre Stimme!

Werner Salzmann, Mülchi,
Präsident SVP Kanton Bern

SVP UDC
www.svp-bern.ch



#bernstark *SVP wählen!*

#bernefort *Votez UDC!*

Nadja Pieren, Nationalrätin

Wir dürfen uns nicht diktieren lassen, welches Verkehrsmittel wir wo benützen. Ob zu Fuss, per Velo, E-Bike, Segway, ÖV, Mobility oder mit dem eigenen Tesla oder SUV muss jede und jeder selber entscheiden können. Dies gilt auch für die wachsende Bevormundung der Autofahrer von Zusatzkursen für Neulenker bis hin zum Fahrverbot für Senioren trotz tadellosem Fahrverhalten. Wir kämpfen deshalb

- gegen die Bevormundung von unbescholtenen Senioren und Neulenkern
- gegen ein Verbot von Benzin- und Dieselmotoren
- gegen Road Pricing

Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin und Grossrätin

Bernerinnen und Berner zahlen für vieles ein bisschen mehr als anderswo. Gleichzeitig wird immer mehr zentralisiert und der Dienst am Bürger abgebaut. So geht es nicht weiter, denn jeder hart erarbeitete Franken im Portemonnaie zählt.

Die Motorfahrzeugsteuern konnten wir bereits senken, bleiben wir am Ball für:

- konsumentenfreundliche Gebühren und Abgaben auf Abfall, Abwasser, Strom, Heizöl, Gas und Benzin
- eine bürgerfreundliche und effiziente Verwaltungsarbeit
- tiefere Einkommens- und Vermögenssteuern

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Ex-Polizistin, und Adrian Spahr, Polizist

Mit dem herrschenden Asylchaos explodieren die Kosten und wächst die Terrorgefahr. Während das Augenmerk den Busseneinnahmen gilt, werden Straftäter aus fadenscheinigen Gründen laufen gelassen, «Carlos»-Fälle teuer therapiert und Hassprediger nicht ausgeschafft. So geht es nicht!

Wir fordern:

- einen gezielten Einsatz der Gelder für die Bekämpfung des Terrorismus
- den automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden zur Identifizierung potenzieller Gefährder
- die konsequente Ausweisung von Straftätern

Hans Jörg Rüegsegger, Grossrat, Präsident Berner Bauern

Wir setzen auf die Produkte und Leistungen der Berner Bauernfamilien. Ob Bio oder mit ökologischem Leistungsnachweis: Regionale Lebensmittel sind nachhaltig und haben nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert. Der nicht vermehrbare Boden soll für Ernährungssicherheit und Biodiversität gezielt genutzt werden, das heisst: Das Richtige am richtigen Ort tun, konkret:

- das Potenzial an alten, leer stehenden Bauten für Gewerbe nutzen
- Auf- und Umzonungen fördern und Siedlungen sinnvoll nach innen entwickeln
- Innovation statt Regularitis!

SVP-Regierungsräte

Staatliche Leistungen müssen effizient und bezahlbar sein

Der Kanton Bern gehört zu den finanzschwachen Kantonen. Die SVP-Regierungsräte Christoph Neuhaus und Pierre Alain Schnegg setzen sich daher mit Vehemenz dafür ein, die staatlichen Leistungen und deren Niveau kritisch zu hinterfragen und gleichzeitig Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft als Grundlage für gesunde Finanzen zu ergreifen.

Der Kanton Bern als zweisprachiger Brückenkanton zwischen Romandie und Deutschschweiz bietet eine Vielfalt, die nicht selbstverständlich ist. In einer 12-Millionen-Schweiz würde unser Mittelland zugebaut, ohne Jura-Formel geriete die wirtschaftlich potente Region Berner Jura ins Hintertreffen, ohne Tourismusförderung wäre die wirtschaftliche Struktur im Oberland bedroht. Durch die Finanzschwäche ist der Regierungsrat stark gefordert, wenn er die Vielfalt bei ausgeglichenem Finanzhaushalt sicherstellen will. Der Kanton Bern darf keinesfalls in eine Zeit zurückfallen, in der ein Defizit dem anderen folgte, was eine stetige Zunahme der Verschuldung zur Folge hatte.

«In einer 12-Millionen-Schweiz würde unser schöner Kanton zugebaut. So weit darf es nicht kommen! Entwicklung ja – Grenzenlosigkeit nein.»

Christoph Neuhaus

Erster Erfolg Entlastungspaket

Um den Kanton in eine starke Zukunft zu führen ist es zentral, dass Bern im Vergleich zu anderen Kantonen steuerlich wenigstens im Mittelfeld mithalten kann. Gerade bei den Unternehmenssteuern ist dies heute überhaupt nicht der Fall, weshalb dringend eine Entlastung nötig ist. Aber auch bei den Steuern für die natürlichen Personen braucht es mittelfristig eine Entlastung.

Im Kantonshaushalt gibt es viele Möglichkeiten, die Ausgaben zu senken oder nur schon das jährlich zu verzeichnende Ausgabenwachstum zu reduzieren. So sind durch eine bessere Zusammenarbeit der Direktionen Doppelspurigkeiten zu vermeiden, eine effizientere Aufgabenerfüllung anzustreben und sicherzustellen, dass die Mittel des Kantons bei den Menschen ankommen und nicht für die Verwaltung, für grosse Organisationen oder unverhältnismässige oder gar luxuriöse Investitionen eingesetzt werden.

Fehlanreize beseitigen

Leistungen müssen immer wieder überprüft werden, um sicherzugehen, dass keine Fehlanreize entstehen. Wenn ein Sozialhilfeempfänger besser gestellt ist als jemand mit einer

«Ein finanzschwacher Kanton wie Bern muss genau hinsehen, ob der Steuerfranken, der ausgegeben wird, auch etwas bewirkt. Da ist kein Platz mehr für alte Zöpfe.»

Pierre Alain Schnegg

100%-Arbeitsstelle, stimmt etwas mit dem System nicht. Daher sollen nun bei der Sozialhilfe die Basis-Ansätze gesenkt werden und im Gegenzug die Abgeltungen für besondere Leistungen erhöht werden. Damit werden im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt:

- Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit soll – auch wenn das entsprechende Einkommen bescheiden ist – wirtschaftlich gesehen attraktiver sein als der Bezug von Sozialhilfe.
- Wer Sozialhilfe bezieht, soll bei seinen Bemühungen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, stärker motiviert und besser unterstützt werden.

Alte Zöpfe abschneiden

Die vom Kanton ausgerichteten Beiträge an viele Organisationen sind «historisch gewachsen». Sie entsprechen dem Resultat von früheren Verhandlungen und haben teilweise keinen Zusammenhang mehr mit den erbrachten Leistungen bzw. der Bedürftigkeit der unterstützten Organisationen. Als Beispiel sei hier die Zusammenarbeit der Mütter-/Väterberatung mit der Erziehungsberatung genannt. Hierfür wurden sehr hohe Summen eingesetzt, die zu sehr hohen Kosten pro erbrachte Stunde geführt haben. Diese Form der Zusammenarbeit ist so nicht mehr zeitgemäss und soll durch ein modernes und günstigeres Modell ersetzt werden. Die eigentliche Arbeit der Mütter-/Väter-Beratung wie auch der Erziehungsberatung wird durch diese Massnahme in keiner Art und Weise tangiert.

Hinschauen und handeln

Unsere Regierungsräte schauen genau hin, analysieren und entscheiden. Ihr erklärtes Ziel: Jeder Steuerfranken soll bei den Bürgerinnen und Bürger ankommen und etwas bewirken. Dies ist in einem so grossen Kanton wie Bern eine Herausforderung, aber Christoph Neuhaus und Pierre Alain Schnegg nehmen diese gerne an, für Sie, geschätzte Wählerinnen und Wähler!

JUBILÄUMSFEST

10. MÄRZ 2018

Sporthalle Schüpfen

Eintritt frei

Anmeldung an
sekretariat@svp-bern.ch

13.45 Uhr	Auftakt mit Umzug der Kavallerie Bereitermusik Bern
	Abwechslungsreiches Programm mit der Partei- und Fraktionsspitze Jubiläumskurzansprachen von Bundesrat Guy Parmelin, Bundesrat Ueli Maurer, alt Bundesrat Dölf Ogi, Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Regierungsrat Christoph Neuhaus, politische Satire mit Andreas Thiel, musikalische Einlagen der Steelband Lyss, der Brass Band Schüpfen und des Treichlerclubs Seeland
Ab 20.00 Uhr	Festwirtschaft mit Tom Küffer & Friends
21.00 Uhr	Ziehung des Tombola-Hauptpreises Toyota RAV4
Ab 23.00 Uhr	Barbetrieb mit DJ MTS

Grossratswahlen: Alle Köpfe und alle SVP-Listen auf einen Blick

Oberland
Listen 6, 7 + 8

Adelboden, Aeschi, Diemtigen, Beatenberg, Boltigen, Brienz, Brienzwiler, Bönigen, Därligen, Därstetten, Erlenbach, Frutigen, Grindelwald, Gsteig, Gsteigwiler, Guttannen, Gündlischwand, Habkern, Hasliberg, Hofstetten, Innertkirchen, Interlaken, Iseltwald, Kandergrund, Kandersteg, Krattigen, Lauenen, Lauterbrunnen, Leissigen, Lenk, Lütschental, Matten, Meiringen, Niederried, Oberried, Oberwil, Reichenbach, Ringgenberg, Saanen, St.Stephan, Saxeten, Schattenhalb, Schwanden bei Brienz, Spiez, Unterseen, Wilderswil, Wimmis, Zweisimmen

Thomas Knutti bisher
1973, Weissenburg
Landwirt / Berufsfahrer, Grossrat

Anne Speiser-Niess bisher
1961, Zweisimmen
Familienfrau/Projektberaterin, Grossrätin

Ueli Abplanalp
1971, Brienzwiler
Meisterlandwirt

Albert Bach
1959, Gstaad
Unternehmer

Hans Peter Baumann
1953, Grindelwald
Dipl. Ing. Agr. ETH, VR-Präsident Eigermilch AG Grindelwald

Angela Benz-Mattmann
1963, Interlaken
Hotelière/Restauratrice HF

Adrian Bieri
1976, Boltigen
Landwirt/Agro Ing. FH

Annemarie Bossard Gartenmann
1958, Matten b. I.
Berufsschullehrerin

Matthias Brunner
1967, Gstaad
Notar und Fürsprecher

Rudolf Buchser
1962, Adelboden
Geschäftsführer, Gemeinderat

Peter Bütschi
1964, Frutigen
Betontechnologe FA/HTA Luzern

Franz Christ
1965, Interlaken
Unternehmer, Gemeinderat

Thomas Dummermuth
1979, Meiringen
Privatkundenberater, Vize-Gemeindepräsident

Nils Fiechter
1996, Frutigen
Kaufmann

Susanne Huber
1968, Spiez
Geschäftsführerin, eidg. dipl. Bankfachfrau

Barbara Josi
1965, Wimmis
Leiterin Administration, Gemeinderatspräsidentin

Urs Kallen
1956, Frutigen
Bereichsleiter Dienste

Thomas Klossner
1974, Latterbach
Bauführer, Gemeinderat

Martin Lörtscher
1974, Wimmis
Leiter Projektmanagement, Gemeinderat

Susanna Maier-Rindlisbacher
1970, Boltigen
Bäuerin/Hausfrau

Andreas Michel
1957, Schattenhalb
Unternehmer, Gemeindepräsident

Manuela Nyffeler-Lanker
1986, Interlaken
Dipl. Wirtschaftsfachfrau VSK, Gemeinderätin GGR

Ruth Oehrli-Pekoll
1964, Lauenen
Schneesportlehrerin/Schneiderin

Emanuel Raaflaub
1962, Turbach
Landwirt/Skilehrer

Daniel Reichenbach
1975, Aeschi b.S.
Dipl. Betriebsökonom FH, Gemeinderat

Sven Rindlisbacher
1965, Faulensee
Gärtnermeister, Gemeinderat (GGR)

Jürgen Ritschard
1955, Unterseen
Lic.rer.pol., Geschäftsführer, Gemeindepräsident

Rudolf Schneider
1964, Reichenbach
Landwirt, Gemeinderat

Albrecht Thöni
1958, Brienz
Eidg. dipl Elektroinstallateur

Bruno Trachsel
1950, Leissigen
Fluglehrer-Drohnen Luftwaffe, Gemeindepräsident

Heinz Tschiemer
1983, Habkern
Agrokaufmann HF / Alphornmacher

Daniel von Allmen
1947, Adelboden
Pens. Lehrer, Gemeindepräsident

Ernst Wandfluh
1976, Kandergrund
Landwirt

Martin Wiedmer
1973, Zwischenflüh
Landwirt, Gemeinderatspräsident

Kilian Wyssen
1960, Matten i.S.
Unternehmer/Bergbauer

Kurt Zimmermann
1953, Frutigen
Unternehmer

Ulrich Zimmermann
1967, Spiez
Unternehmer, Gemeinderat

Unterstützen Sie den Grossratswahlkampf!
PC 30-2686-3 oder
IBAN CH65 0900 0000 3000 2686 3
Vermerk: «Wahlen»

Thun
Listen 3 + 4

Amsoldingen, Blumenstein, Buchholterberg, Burgistein, Eriz, Fahrni, Forst-Längenbühl, Gurzelen, Heiligenschwendi, Heimberg, Hilterfingen, Homberg, Horrenbach-Buchen, Oberhofen, Oberlangenegg, Pohlern, Reutigen, Schwendibach, Seftigen, Sigriswil, Steffisburg, Stocken-Höfen, Teuffenthal, Thierachern, Thun, Uebeschi, Uetendorf, Unterlangenegg, Uttigen, Wachseldorn, Wattenwil, Zwieselberg

Madeleine Amstutz bisher
1979, Schwanden-Sigriswil
Dipl. Betriebswirtschafterin, Gemeindepräsidentin, Grossrätin

Jürg Iseli bisher
1964, Zwieselberg
Meisterlandwirt, Grossrat

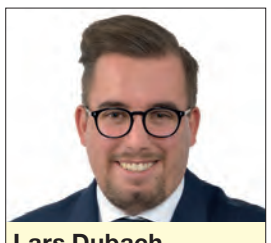
Samuel Krähenbühl bisher
1977, Unterlangenegg
Leiter Produktentwicklung Swissgenetics, Gemeinderat, Grossrat

Raphael Lanz bisher
1968, Thun
Stadtpräsident, Dr. iur./Fürsprecher, Grossrat

Carlo Schlatter bisher
1961, Thun
Dr. med., Arzt, Grossrat

Eva Bichsel-Peter
1971, Uetendorf
Familienfrau, Gemeinderätin

Philipp Deriaz
1977, Thun
Berufsoffizier, Stadtrat



Lars Dubach
1989, Heimberg
Betriebswirtschafter HF, Geschäftsführer

Samuel Eicher
1972, Stocken-Höfen
Schreiner

Franziska Fuss-Oehrli
1967, Teuffenthal
Primarlehrerin, Bäuerin, Gemeindepräsidentin

Roman Gimmel
1974, Thun
Gemeinderat, Sekundar- und Berufsfachschullehrer

Isabel Glauser
1975, Thierachern
Unternehmerin, Gemeinderätin

Alain Kleiner
1964, Thun
KMU Unternehmer, Stadtrat

Marcel Kümin
1975, Uetendorf
Lic. iur., eidg. dipl. Berufsoffizier ETHZ

Christoph Lauener
1979, Thun
Produktverantwortlicher für Aufbereitungs- und Recyclingtechnik

Jürg Marti
1979, Steffisburg
Betriebsökonom FH, Gemeindepräsident

Trudi Mösching-Signer
1963, Uetendorf
Exportfachfrau FA, Projektleiterin

Niklaus Röthlisberger
1957, Heimberg
Eidg. dipl. Berufsschullehrer, eidg. dipl. Landmaschinenmech., Gemeindepräsident

Alfred Santschi
1953, Schwanden
Landwirt

Daniel Schenk
1955, Thun
Leiter Sicherheit, Stadtrat

André Schmid
1974, Burgistein
Dipl. Betriebswirtschafter NDSHF, Gemeinderat

Oliver Schwarz
1986, Steffisburg
Filialleiter, Motorgerätemechaniker

Philippe Tobler
1972, Oberhofen
Augenoptikermeister, Chef Truppenbelange LBA, Gemeinderat

Daniela Weber
1977, Thun
Kaufmännische Angestellte, Stadträtin

Melanie Winkler-Kropf
1990, Steffisburg
Kauffrau, Group Fitness Instruktorin

Christian Zwahlen
1961, Heiligenschwendi
Hochbauzeichner, Gemeindepräsident

Mittelland Süd
Listen 7 + 8

Arni, Belp, Biglen, Bowil, Brenzikofen, Freimettigen, Gelterfingen, Gerzensee, Grosshöchstetten, Guggisberg, Herbligen, Häutligen, Kaufdorf, Kehrsatz, Kiesen, Kirchdorf, Jaberg, Noflen, Kirchenthurnen, Konolfingen, Köniz, Landiswil, Linden, Lohnstorf, Mirchel, Mühledorf, Mühlethurnen, Münsingen, Niederhünigen, Oberbalm, Oberdiessbach, Oberhünigen, Oberthal, Oppligen, Riggisberg, Rubigen, Rüeggisberg, Rümligen, Rüschegg, Schlosswil, Schwarzenburg, Toffen, Tägertschi, Wald und Niedermuhlern, Walkringen, Wichtrach, Zäziwil

bisher

Verena Aebischer
1989, Riffenmatt
Gemeindeverwalterin, Grossrätin

bisher

Ueli Augstburger
1959, Gerzensee
Meisterlandwirt/ Betriebsleiter, Grossrat

bisher

Andreas Burren
1961, Lanzenhäusern
Landwirt, Grossrat

bisher

Werner Moser
1956, Landiswil
Meisterlandwirt, Grossrat

bisher

Moritz Müller
1964, Bowil
Eidg. dipl. Hufschmied, Gemeindepräsident, Grossrat

bisher

Hans Jörg Rüegsegger
1970, Riggisberg
Landwirt mit HF/Präsident Berner Bauern Verband, Grossrat

Hanspeter Aeschlimann
1954, Walkringen
Unternehmer, Gemeinderat

Urs Baumann
1968, Münsingen
Eidg. dipl. Elektroinstallateur/Unternehmer, Gemeinderat

Yannik Beugger
1997, Wichtrach
Kaufmann EFZ

Patric Brechbühl
1979, Bowil
Lokführer, Mechaniker

Michael Bürki
1978, Riggisberg
Gemeindepräsident

Gottfried Fankhauser
1971, Rüschegg-Heubach
Landwirt, Gemeinderat

Reto Gertsch
1983, Münsingen
Dipl. Betriebswirtschafter HF, Gemeinderat

Kathrin Gilgen
1971, Oberwangen
Floristin/Bäuerin, Gemeinderätin GGR

Miriam Gurtner
1980, Konolfingen
Historikerin, Gemeinderätin

Liliane Huguenin
1963, Wabern
Selbständig KMU

Bernhard Lauper
1976, Gasel
Geschäftsführer, Gemeinderat GGR

Stefan Lehmann
1976, Niederscherli
Geschäftsführer Landi Schwarzwasser

Benjamin Marti
1970, Belp
Gemeindepräsident

Hans Moser
1957, Mittelhäusern
Meisterlandwirt

Heinz Nacht
1961, Schliern
Kaminfegermeister, Gemeinderat GGR

Christoph Peter
1976, Herbligen
Agronom FH/Lehrer

Katja Riem
1996, Kiesen
Winzerin EFZ/ Landwirtin

Alexander Röthlisberger
1972, Noflen
Betriebsmechaniker, Gemeinderat

Nathanael Schmied
1996, Guggisberg
Zimmermann

Inge Schütz
1950, Belpberg
Lic. oec. HHS

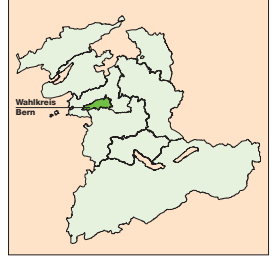
Fiona Siegfried
1997, Kirchdorf
Fachfrau Hauswirtschaft

Selina Waber
1994, Kiesen
Studentin Mathematik

Jean-Michel With
1966, Belp
Versicherungsbetriebswirt DVA, Gemeinderat

Reto Zbinden
1985, Mittelhäusern
Kaufmann, Gemeinderat GGR

Bern
Liste 11



bisher

Stefan Hofer
1975, Bern
Pilot / Unternehmer, Grossrat, Stadtrat

Henri-Charles Beuchat
1968, Bern
Treuhänder, Stadtrat

Eliane Burn
1982, Bern
Eidg. dipl. Kauffrau, Unternehmerin, VR und Mitglied GL

Xavier Dufour
1989, Bern
Student der Rechtswissenschaften

Othmar Feller
1956, Bern
Mechaniker, Lastwagenführer

Alexander Feuz
1964, Bern
Rechtsanwalt, Stadtrat

Thomas Glauser
1973, Bern
Eidg. Dipl. Landwirt, Unternehmer

Roger Nussbaumer
1986, Bern
Kaufm. Angestellter

Erich Hess
1981, Bern
Nationalrat / Unternehmer, Lastwagenführer, Stadtrat

Roland Iseli
1965, Bern
Unternehmer, Stadtrat

Ulrich Jaisli
1953, Bern
Holzkaufmann, Stadtrat

Roland Jakob
1966, Bern
Eidg. dipl. Malermeister, alt Stadtrat

Monika Kammermann
1964, Bern
Kaufm. Angestellte

Daniel Lehmann
1963, Bern
Dipl. Meisterlandwirt, Jurist, Stadtrat

Steve Urs Maurath
1989, Bern
Bäcker, Facharbeiter

Kurt Rüegsegger
1953, Bern
Eidg. dipl. Malermeister, Stadtrat

Beat Schori
1950, Bern
Pensioniert, Grossrat 2002-2010, Stadtratspräsident 2003

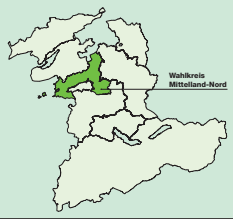
Stefan Spörri
1959, Herrenschwanden
Arzt

Janosch Weyermann
1995, Bern
Angehender Tourismusfachmann HF

Marc-Daniel Wyss
1981, Bern
Koch

Mittelland Nord
Liste 2

Allmendingen, Bolligen, Bremgarten, Bäriswil, Diemerswil, Ferenbalm, Fraubrunnen, Frauenkappelen, Golaten, Gurbrü, Iffwil, Ittigen, Jegenstorf, Kirchlindach, Kriechenwil, Laupen, Mattstetten, Meikirch, Moossee-dorf, Muri bei Bern, Mühleberg, Münchenbuchsee, Münchenwiler und Clavaleyres, Neuenegg, Ostermundigen, Stettlen, Urtenen, Vechigen, Wiggiswil und Deisswil b.M., Wileroltigen, Wohlen, Worb, Zollikofen, Zuzwil



bisher

Daniel Bichsel
1969, Zollikofen
Gemeindepräsident, Grossrat

bisher

Sabina Geissbühler-Strupler
1950, Herrenschwanden
Primar- und eidg. dipl. Turn-/Sportlehrerin, Grossrätin

bisher

Lars Guggisberg
1977, Kirchlindach
Fürsprecher, Geschäftsführer, Grossrat

bisher

Annegret Hebeisen-Christen
1966, Münchenbuchsee
KMU Geschäftsfrau SIU, Bäuerin, Grossrätin

Marlis Gerteis-Schwarz
1971, Neuenegg
Leiterin Direktions-sekretariat, erfahrene Gemeinderätin

Markus Bärtschi
1972, Muri b. Bern
Notar und Anwalt (eigene Kanzlei), Gemeinderat

Jennifer Herren
1990, Gümligen
Anwältin, Gemeinde-rätin GGR

Marc Bieri
1975, Fraubrunnen
Chef Verkehr und Transporte LBA

Silvia Jäger
1976, Ittigen
Leiterin Verwaltung

Yannick Buchter
1987, Ostermundigen
Leiter Mobilmachungs-führung einer Territori-aldivision der Armee, Gemeinderat GGR

Aliki Panayides
1964, Ostermundigen
Geschäftsführerin, Vize-Gemeindepräsi-dentin

Michael Christen
1987, Bolligen
KMU-Unternehmer, Geschäftsführer

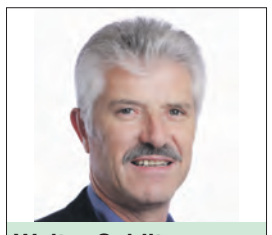
Susanne Schori
1959, Wohlen
Leiterin Carecenter für Sauerstoffpatienten, Gemeinderätin

Markus Horst
1989, Rosshäusern
Unternehmer

Markus Lüscher
1967, Schalunen
Landwirt

Peter Salzmann
1964, Mülchi
Selbständiger Land-wirt

Daniel Schär
1959, Jegenstorf
Eidg. dipl. El. Inst., Geschäftsführer und Inhaber



Walter Schilt
1958, Utzigen
Gemeindepräsident, Geschäftsleiter

Roger Schneiter
1976, Ostermundigen
Unternehmer, Schrei-ner, Gemeinderat GGR

Thomas Schori
1972, Urtenen-Schönbühl
Selbständigerwerbender Projekt- und Bauleiter für Hochbauten

Kurt Wenger
1953, Meikirch
Leiter Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt Armee, Oberst, Gemein-depräsident

Bruno Wermuth
1961, Vielbringen b. Worb
Biolandwirt und Aus-bildner, Gemeinderat

Emmental
Listen 1 + 2

Aefligen, Affoltern im Emmental, Alchenstorf, Burgdorf, Bätterkinden, Dürrenroth, Eggiwil, Ersigen, Niederösch, Ober-ösch, Hasle bei Burgdorf, Heimiswil, Hindelbank, Höchstetten und Hellsau, Kernenried, Kirchberg, Koppigen, Krauchthal, Langnau, Lauperswil, Lyssach, Lützelflüh, Mötschwil und Rüti b.L., Oberburg, Rumendingen, Röthen-bach im Emmental, Rüderswil, Rüdtligen-Alchenflüh, Rüegsau, Schangnau, Signau, Sumiswald, Trachselwald, Trub, Trubschachen, Utzenstorf, Wiler bei Utzenstorf, Willadingen, Wynigen, Zielebach

bisher

Markus Aebi
1958, Hellsau
Eidg. dipl. Landwirt, Grossrat

bisher

Alfred Bärtschi
1965, Lützelflüh
Eidg. dipl. Landwirt, Grossrat

bisher

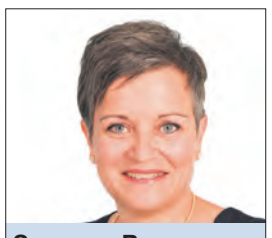
Andrea Gschwend-Pieren
1978, Oberburg
Betriebswirtschafterin lic. oec. HSG, Unternehmerin, Gemeinderätin, Grossrätin

bisher

Walter Sutter
1961, Langnau
Eidg. dipl. Landwirt, Gemeindepräsident, Grossrat

Peter Aeschlimann
1964, Trub
Lastwagenführer/ Unternehmer, Gemein-depräsident

Patrik Anliker
1967, Ersigen
Berufsoffizier, Schul-kommandant, Oberst i Gst



Susanne Beer
1965, Rüderswil
Dipl. Finanzverwalte-rin, Gemeinderätin

Urs Buri
1960, Hasle b. Burg-dorf
Landwirt

Peter Erhard
1976, Langnau i. E.
Metzgermeister/Unter-nehmer

Beat Gerber
1967, Bärau
Eidg. dipl. Landwirt, Gemeinderat

Jürg Geber
1959, Gohl
Eidg. dipl. Landwirt, Gemeinderat

Ueli Gfeller
1962, Schangnau
Landwirt

Michael Hirschi
1982, Burgdorf
Jurist, Krankenversi-cherungsfachmann eidg. FA

Fabian Horisberger
1977, Wynigen
Unternehmensberater, Finanzplaner eidg. FA, Gemeindepräsident

Walter Hutmacher
1970, Lauperswil
Abteilungsleiter Holzbau, eidg. dipl. Landwirt

Nathalie Iseli
1986, Aefligen
Dentalassistentin

Heinz Kämpfer
1963, Affoltern
Eidg. dipl. Landwirt, Vizepräsident Berner Bauern Verband

Fritz Lehmann
1956, Sumiswald-Grünen
Meisterlandwirt, Vize-präsident Gemeinderat

Simon Niffenegger
1980, Burgdorf
IT-Unternehmer, Wirt-schaftsinformatiker

Thomas Nyffenegger
1970, Bätterkinden
IT-Unternehmer, Infor-matiker, Gemeinderat

Bruno Rosser
1959, Burgdorf
Sachbearbeiter Ord-nungs- und Sicher-heitsdirektion

Roland Rothenbühler
1971, Schwanden i. E.
Meisterlandwirt, Ge-meindepräsident

Fritz Rüfenacht
1965, Rüegsau-schachen
Selbständiger Unter-nehmer, Gemeinde-präsident

Roland Ryser
1967, Affoltern i. E.
Landwirt

Elisabeth Salzmann
1971, Signau
Med. Praxisassisten-tin, Bäuerin, Gemein-derätin

Beat Schürch
1972, Kirchberg
Meisterlandwirt, Gemeinderat

Martin Sempach
1965, Lützelflüh
Käsermeister

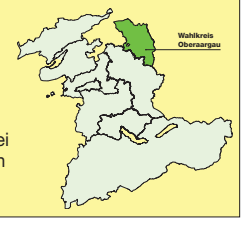
Michelle Singer
1994, Utzenstorf
Floristin, Drucktechno-login i.A.

Hanspeter Sutter
1965, Alchenstorf
Baumeister

Adrian Zemp
1969, Kernenried
Unternehmer/dipl. Inf. Ing. HTL/EMBA, Ge-meinderatspräsident

Oberaargau
Liste 3

Aarwangen, Attiswil, Auswil, Bannwil, Berken, Bettenhausen, Bleienbach, Busswil bei Melchnau, Eriswil, Farnern, Gondiswil, Graben, Heimenhausen, Hermiswil, Herzogenbuchsee, Huttwil, Inkwil, Langenthal, Lotzwil, Madiswil, Melchnau, Niederbipp, Niederönz, Oberbipp, Obersteck-holz, Ochlenberg, Oeschenbach, Reisiswil, Roggwil (BE), Rohrbach, Rohrbachgraben, Rumisberg, Rüt-schelen, Schwarzhäusern, Seeberg, Thunstetten, Thörigen, Ursenbach, Walliswil bei Niederbipp, Walliswil bei Wangen, Walterswil (BE), Wangen an der Aare, Wangenried, Wiedlisbach, Wolfisberg, Wynau, Wyssachen



bisher

Patrick Freudiger
1984, Langenthal
Selbstständiger Rechtsanwalt, Stadt-rat, Grossrat

bisher

Samuel Leuenberger
1962, Bannwil
Meisterlandwirt, Grossrat

Beat Bösiger
1970, Niederbipp
Gemüseproduzent, Unternehmer

Markus Bösiger
1957, Roggwil
Unternehmer

Corinna Grossenbacher
1963, Langenthal
Projektleiterin Informatik und Betriebsprozesse

Thomas Krähenbühl
1986, Röthenbach b.H.
Meisterlandwirt/landw. Berater IP-Ring Waldhof, Betriebsleiter, Gemeinderat

Klaus Reinmann
1958, Bleienbach
Unternehmer, Gemeinderat

Markus Roth
1956, Madiswil
Versicherungs- und Vorsorgeberater

Andreas Schüpbach
1958, Huttwil
Meisterlandwirt

Gabriela Seiler
1972, Aarwangen
Kauffrau, Gemeinderätin

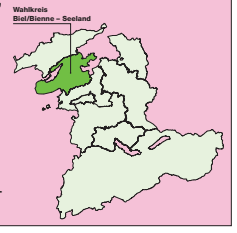
Käthi Sommer
1972, Walterswil
Bäuerin, Hausfrau

Elsbeth Steiner
1958, Lotzwil
Geschäftsführerin Spitex, Gemeinderätin

Unterstützen Sie den Grossratswahlkampf!
PC 30-2686-3 oder
IBAN CH65 0900 0000 3000 2686 3
Vermerk: «Wahlen»

Biel/Bienne – Seeland
Listen 6 + 7

Aarberg, Aegerten, Arch, Bangerten, Bargen, Bellmund, Biel / Bienne, Brügg, Brüttelen, Büetigen, Bühl, Büren und Meienried, Diessbach bei Büren, Dotzigen, Epsach, Erlach, Evilard/Leubringen, Finsterhennen, Gals, Gampelen, Grossaffoltern, Hagneck, Hermrigen, Ins, Ipsach, Jens, Kallnach, Kappelen, Lengnau, Leuzigen, Ligerz, Lyss, Lüscherz, Meinisberg, Merzligen, Mörigen, Müntschemier, Nidau, Oberwil bei Büren, Orpund, Pieterlen, Port, Radelfingen, Rapperswil, Rüti bei Büren, Safnern, Scheuren, Schüpfen, Schwadernau, Seedorf, Siselen, Studen, Sutz-Lattrigen, Treiten, Tschugg, Twann-Tüscherz, Täuffelen, Vinelz, Walperswil, Wengi, Worben



bisher

Christine Gerber-Weber
1966, Detligen
Dipl. Bäuerin/Kauffrau, Grossrätin

bisher

Willy Marti
1957, Kallnach
Geschäftsführer Holzbaubetrieb, Grossrat

bisher

Mathias Müller
1970, Orvin
lic. phil., Berufsoffizier, Grossrat

bisher

Fritz Ruchti
1951, Seewil
Dipl. Meisterlandwirt, Grossrat

bisher

Martin Schlup
1960, Schüpfen
Dipl. Meisterlandwirt, Lastwagenführer, Grossrat

bisher

Fritz Wyss
1971, Wengi
Agro. Ing. HTL/ Landwirt, Grossrat

Hans-Ueli Aebi
1966, Biel
lic. rer. pol., Journalist BR

Fritz Affolter
1951, Aarberg
Sekundarlehrer, Gemeindepräsident

Rita Arnold
1945, Biel
Rentnerin

Markus Baumann
1983, Nidau
Manager-Deputy Head of Logistic Operations, Stadtrat

Heinz Berger
1961, Aegerten
Lokomotivführer

Barbara Bohli
1951, Lobsigen
Heimleiterin, Gemeinderätin

Dominique Burkhardt
1974, Erlach
Berufsunteroffizier Genietruppen

Dominik Dummermuth
1997, Lyss
Matur, Unteroffizier

Eduard Eggli
1959, Busswil
Unternehmer, Mitglied GGR Lyss

Alice Egli
1939, Biel
Rentnerin, Bewährungshelferin

Fredy Faul
1969, Erlach
Unternehmer, Gemeinderat

Leander Gabathuler
1992, Nidau
Student Master of Science in Business Administration, Stadtrat

Oliver Grob
1982, Nidau
ICT Business Engineer, Stadtrat

Nadja Günthör
1965, Erlach
Communication Managerin, Assistentin

Werner Hässig
1949, Brügg
Schreinermeister in Pension, Gemeinderat

Christoph Henz
1998, Seedorf
Bankkaufmann

Bernhard Hofer
1945, Tschugg
Dr.med.vet., Tierarzt

Sara Ellen Hübscher
1967, Lyss
Fürsprecherin, dipl. Mediatorin FH

Luis Jucker
1961, Müntschemier
dipl. Ing. HTL, Gemeinderat

Urs Köchli
1951, Lyss
Dr.med.vet., Gemeinderat GGR

Roland Lutz
1955, Nidau
Dipl. Betriebsfachmann HF, Gemeinderat

Thomas Marolf
1974, Nidau
Eidg. Dipl. Produktionsleiter, Stadtrat

Roger Maurer
1972, Dotzigen
Landmaschinenmechanikermeister, Gemeindepräsident

Jürg Michel
1951, Lyss
Messeleiter, Vizegemeindepräsident

Peter Nydegger
1963, Orpund
Tech. Kaufmann

Jan Pauli
1995, Büren a/A
Plattenleger EFZ

Pierre-André Pittet
1965, Schüpfen
Vizedirektor Schweizer Milchproduzenten SMP, Gemeinderat

Richard Raynald
1965, Müntschemier
Masch. Ing. Produktionsleiter, Gemeindepräsident

Julien Rochat
1984, Bienne
Mécanicien automobile (avec CFC), conseiller de ville

Viktor Sauter
1944, Nidau
Kaufmann, Stadtrat

Benjamin Schmid
1993, Lyss
Mitarbeiter Generalsekretariat SVP, Bachelor BWL

Sandra Schneider
1991, Biel
Kaufmännische Angestellte, Stadträtin

Anja Senti
1996, Bellmund
Hochbauzeichnerin mit Matura, Studentin Architektur

Heinrich Sgier
1954, Pieterlen
Geschäftsführer, Gemeinderat

Adrian Spahr
1994, Lengnau
Polizist mit eidg. Fachausweis, Präsident JSVP Kanton Bern

Peter Stalder
1981, Pieterlen
Eidg. diplomierter Meisterlandwirt, Vizegemeindepräsident

Urs Stettler
1959, Biel
Bundesangestellter

Samuel Suter
1961, Orpund
Lehrer Realstufe, Gemeinderat

Peter von Arx
1963, Walperswil
Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit, Gemeinderat

Olivier Waechter
1974, Bienne
Directeur des Finances, Stadtrat

Silvia Wellinger
1973, Kallnach
Juristin, Kriminologin

Patrick Widmer
1968, Biel
Leiter Ausbildung & Entwicklung, Feuerwehr Agglomeration Biel, Stadtrat

Bruno Wingeyer
1954, Nidau
Selbständiger Immobilienmakler, Einbürgerungskommission

Ursula Wingeyer
1960, Nidau
Geschäftsführerin, Stadträtin

Max Wolf
1951, Lengnau
Metzgermeister, Gemeindepräsident

Petra Wyss
1968, Aarberg
Unternehmerin

Jura bernois
Liste 1

Belprahon, Bévilard, Champoz, Châtelat, Corcelles, Corgémont, Cormoret, Cortébert, Court, Courtelary, Crémines, Eschert, Grandval, La Ferrière, La Heutte, La Neuveville, Loveresse, Malleray, Monible, Mont-Tramelan, Moutier, Nods, Orvin, Perrefitte, Plateau de Diesse, Pontenet, Péry, Rebévelier, Reconvilier, Renan, Roches, Romont, Saicourt, Saint-Imier, Sauge, Saules, Schelten, Seehof, Sonceboz-Sombeval, Sonvilier, Sornetan, Sorvilier, Souboz, Tavannes, Tramelan, Villeret

sortante

Anne-Caroline Graber
1976, La Neuveville
Dr ès sciences politiques, députée

sortant

Roland Benoit
1948, Corgémont
Ing. Agronome HAFL, député

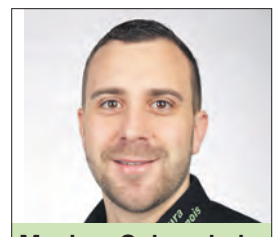
sortant

Etienne Klopfenstein
1955, Corgémont
Maître-agriculteur, maire, député

sortant

Marc Tobler
1960, Moutier
Agriculteur, conseiller municipal, député

André Mercerat
1954, Champoz
Technico-commercial, membre du Conseil du Jura bernois



Maxime Ochsenbein
1991, Bévilard
Educateur, membre du Conseil du Jura bernois

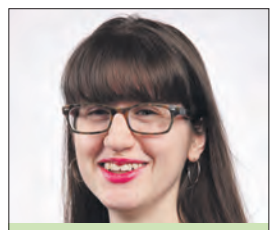
Beat Scheidegger
1959, Les Reussilles
Agriculteur, membre du Conseil général et du Conseil du Jura bernois

Tina Schluep
1992, Moutier
Enseignante e.f., conseillère de ville

Jean Siegenthaler
1963, Mont-Soleil
Agriculteur et président de la fédération d'élevage bovin du Jura bernois

Michel Tschan
1979, Corgémont
Planificateur financier, conseiller municipal et membre du Conseil du Jura bernois

Marc Voiblet
1967, Reconvilier
Maçon, conseiller municipal (vice-président)



Naïké Vuilleumier Rotzer
1991, Tramelan
Opératrice en horlogerie

Steuerstandort Kanton Bern

Im Kanton Bern besteht Handlungsbedarf bei der Steuerbelastung! Der Vergleich mit anderen Kantonen macht dies deutlich; der Kanton Bern rangiert seit Jahren unverändert auf den hinteren Plätzen.

Der Grosse Rat anerkennt den Handlungsbedarf insbesondere wenn es um die steuerliche Entlastung der Unternehmen geht. Damit der Kanton Bern konkurrenzfähig bleibt, wird die maximale Gewinnsteuerbelastung gesenkt von heute 21,64 auf 18,71 Prozent (ab 2020). So macht der Kanton Bern zumindest einen Schritt in die richtige Richtung und es wird eine Annäherung an den aktuellen schweizerischen Durchschnitt von 17,8 Prozent erreicht. Die Steuergesetzrevision 2019 ist erst der Anfang; weitere Schritte der Gewinnsteuersenkung sowie die Senkung der Kapitalsteuer werden in einer nachfolgenden StG-Revision (voraussichtlich 2021) beraten. In vielen Kantonen hat in diesem Bereich eine Dynamik eingesetzt, welche in Zusammenhang mit der Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes noch an Bedeutung gewinnen wird. **Für die SVP ist deshalb klar, dass im Kanton Bern weitere Entlastungen folgen müssen, damit im Kanton Bern keine Unternehmungen verloren gehen und Bern in der Gunst von Firmen bei der Standortwahl nicht weiter ins Hintertreffen geraten wird.**

Die SVP fordert zudem, dass die Steuern auch für natürliche Personen gesenkt werden. Damit würden auch für alle kleineren Unternehmen, die juristisch keine eigene Persönlichkeit bilden, nämlich alle Einzelunternehmen, Kollektivgesellschaften etc., Steuerentlastungen resultieren. Der Mittelstand und die Spitzenverdiener bezahlen vergleichsweise viel zu hohe Steuern. Die Streichung und Begrenzung von Abzügen und die mancherorts erfolgte Erhöhung der Eigenmietwerte sowie die angesetzte amtliche Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Liegenschaften verschärfen die Situation zusätzlich. **Der Regierungsrat beabsichtigt, dass die Steuersenkungen für natürliche Personen erst mit der Aktualisierung der Steuerstrategie in den Jahren 2022/23 bestimmt werden sollen. Das ist für die SVP viel zu spät.** Deshalb versuchte die SVP-Fraktion in der Novembersession, die Steueranlage beim Beschluss des Voranschlages 2018 geringfügig zu senken, was jedoch nicht die nötige Mehrheit fand.

Einzig die vormals vorgesehene Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern wurde vom Regierungsrat in bürgerlicher Mehrheitszusammensetzung zu Recht fallen gelassen. Aber Achtung – hier gibt es Bestrebungen, diese erneut zu thematisieren!

Daniel Bichsel, Grossrat und Präsident der grossrätlichen Finanzkommission, Zollikofen

JSVP-Chat 25 Jahre nach EWR-Nein

Jung = Ja zur EU?

Neues Energiegesetz: Bevormundung, Bürokratie und hohe Kosten

Der Kanton Bern verfügt seit 2012 über ein im kantonalen Vergleich strenges Energiegesetz, das Energieeffizienz fördert. Das Gesetz ist zukunftsweisend und hat sich bewährt. Dennoch soll es ohne Not bereits wieder verschärft werden. Mit zusätzlichen Verboten und Auflagen sollen Hauseigentümer noch mehr bevormundet werden, was zu höheren Kosten führt, die sich auch nachteilig auf Mieter/-innen auswirken.

Die Regierung will mit der Revision des Kantonalen Energiegesetzes die «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn)» umsetzen, obwohl diese nur Empfehlungen sind. Die MuKEn beinhalten einen ganzen Strauss an neuen Verboten und Auflagen, die zu deutlich höheren Kosten und mehr administrativem Aufwand führen. Ein riesiger zusätzlicher Kontrollapparat ist vorprogrammiert. Die Nachteile überwiegen mögliche Vorteile deutlich:

Heizungsersatz in bestehenden Wohnbauten

Wird in schlecht gedämmten Wohnbauten die Gas- oder Ölheizung ersetzt, soll zwingend die Gebäudehülle verbessert oder erneuerbare Energie eingesetzt werden. Dies bedeutet für die Eigentümer sehr hohe Investitionskosten und – bei der anzunehmenden Überwälzung – erheblich höhere Kosten für die Mieter. Weiter führt diese Bevormundung dazu, dass Hauseigentümer den Ersatz von Gas- oder Ölheizungen möglichst lange hinauszögern.

Ersatzpflicht für zentrale Elektroboiler

In Wohnbauten soll die Wassererwärmung grundsätzlich nicht mehr durch zentrale Elektroboiler erfolgen dürfen. Dieser unverhältnismässige Eingriff in die Eigentumsgarantie durchbricht den Bestandesschutz.

Verbot von Ölheizungen

In neuen Wohnbauten sollen Ölheizungen nur noch erlaubt sein, wenn eine andere Lösung technisch nicht möglich ist oder zu Mehrkosten führt. Der Kunde soll sich jedoch frei für ein Heizsystem entscheiden können, das Technologieverbot ist schikanös und unnötig, da in Neubauten ohnehin kaum noch Ölheizungen eingebaut werden (ca. 10 %).

Und täglich grüsst der GEAK

2011 haben die Berner/-innen die Einführung des obligatorischen Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK) wuchtig abgelehnt. Nun soll der GEAK trotzdem obligatorisch sein, wenn ein Gebäude verkauft wird. Bei einem Hauskauf ist der Energiebedarf nur eines von vielen Kaufkriterien und meist genügt der Blick auf die Nebenkostenabrechnung zur Beurteilung des energetischen Zustands des Hauses. Den GEAK braucht es also nicht zwingend, auch nicht bei einer Veräusserung. Er soll freiwillig bleiben.

Fazit: Das aktuelle moderne Energiegesetz genügt. Es braucht keine zusätzliche Regulierung, die zu mehr Bürokratie und höheren Kosten führt. Hauseigentümer sind wichtige Player zur Senkung des Energiebedarfs, da sie freiwillig in die Erhöhung der Energieeffizienz investieren. Ihnen weitere Hürden in den Weg zu stellen, behindert dieses Engagement, statt es zu fördern. Es gibt genügend Möglichkeiten, wie Eigentümer durch Anreize unterstützt werden können. Verbote sind der falsche Weg.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Wählen Sie in 3 schnellen Schritten

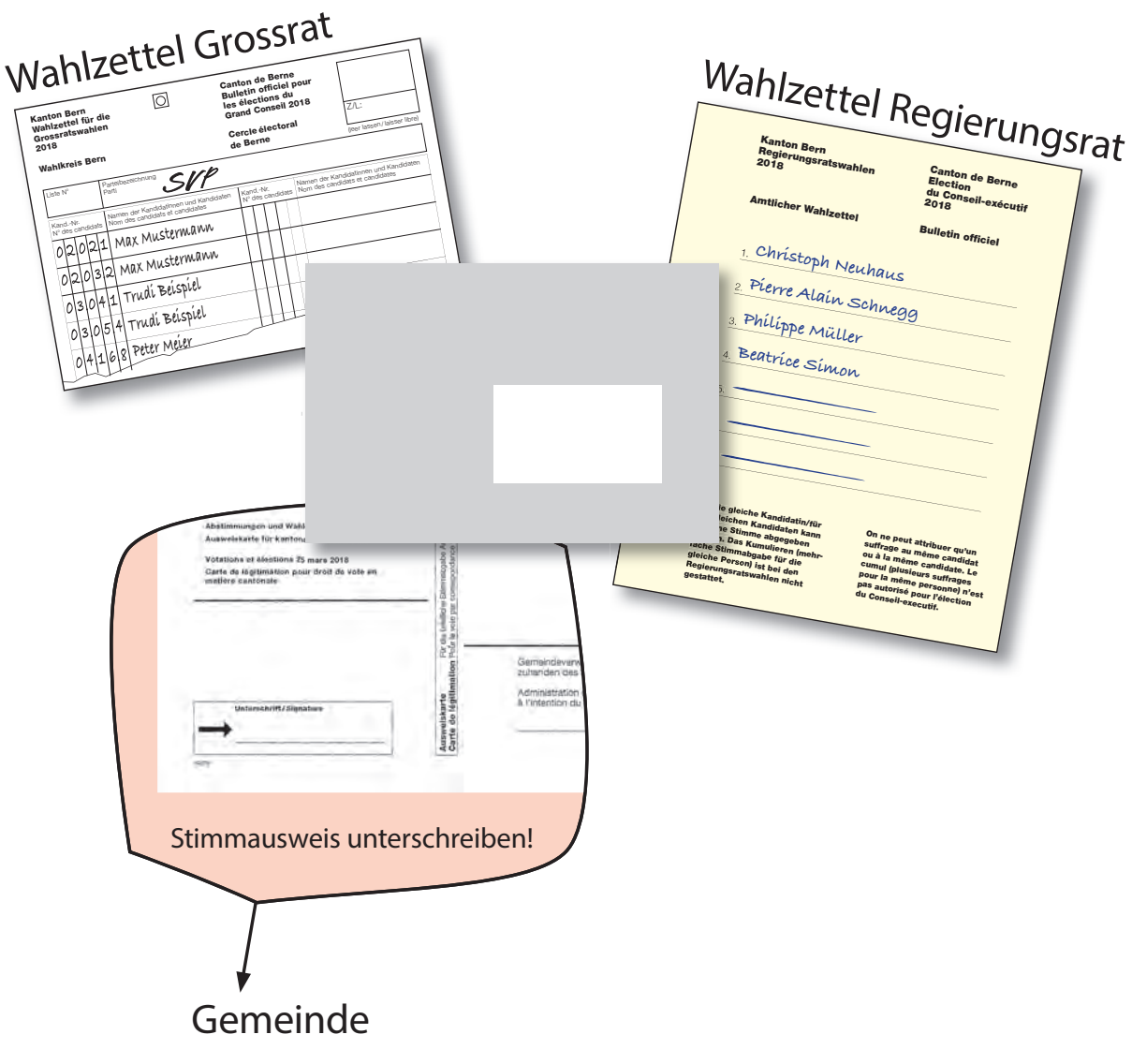
Schritt 1 Entnehmen Sie dem Wahlmaterial <u>EINEN</u> vorgedruckten Grossratswahlzettel.

Schritt 2 Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den leeren Wahlzettel für die Regierungsratswahlen und schreiben Sie von Hand die Namen von Christoph Neuhaus, Pierre Alain Schnegg sowie der weiteren bürgerlichen Regierungsratskandidaten darauf (Muster s. unten).

Schritt 3 Unterschreiben Sie den Stimmausweis und bringen Sie ihn zusammen mit den beiden Wahlzetteln an die Urne oder legen Sie alles in das Wahlkuvert für die briefliche Wahl.

Achtung!

- Sie helfen uns am besten, wenn Sie die SVP-Liste unverändert einwerfen.
- Wenn Sie für die Grossratswahlen den leeren Wahlzettel benutzen, vergessen Sie nicht, oben «SVP» darauf zu schreiben.
- Wenn Sie brieflich abstimmen, reichen Sie das Kuvert bis zum Donnerstag, 22. März 2018, bei der Gemeinde ein.



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Avez-vous des questions concernant les élections?

Rufen Sie uns an auf unserer Wahlhotline

031 336 16 24

Zusammen geht vieles im Leben einfacher, in der Familie, in der Partnerschaft, im Generationenhaus oder auch einfach in einer Gemeinschaft. Es braucht nicht immer den Staat, der alles reguliert und kontrolliert und alle versorgt. Es braucht mehr Hilfe von Mensch zu Mensch anstelle von staatlicher Rundumversorgung. Wir setzen uns ein für:

- Vertrauen in die Familie von jung bis älter statt KESB-Einmischung
- gesunden Menschenverstand statt staatliche Kontrolle der Schul-Znüniböxli
- Eigenverantwortung statt Fett- und Zuckersteuer

DABEI SEIN!/*PARTICIPER!*

Der/Die Unterzeichnende erklärt seinen/ihren Beitritt zur SVP:/*Le/la signataire déclare vouloir adhérer à l'UDC:*

Name und Vorname/*Nom/Prénom*

Adresse/*Adresse*

E-Mail/*Courriel*

Datum/*Date* Unterschrift/*Signature*

Talon einsenden an:/*Merci de renvoyer le talon à l'adresse suivante:*

SVP Kanton Bern/*UDC du canton de Berne*, Optingenstrasse 1, 3013 Bern/*Berne*
oder als Foto einfach an/*ou en format photo simplement à* svp-bern@svp-bern.ch

IBAN CH65 0900 0000 3000 2686 3

Wusstest Sie, dass Spenden von den Steuern abgezogen werden können?
Für einen Beitrag an unsere engagierte Arbeit danken wir Ihnen herzlich!

Savez-vous que les dons peuvent être déduits du revenu imposable?
Nous vous remercions chaleureusement de soutenir financièrement notre travail engagé!

www.svp-bern.ch